

Dokumentation der attac Veranstaltung am 31. Januar 2014, Universität zu Köln
Moderation: Anne Schulz

Prof. Dr. Clemens Knobloch führte im Hauptvortrag aus, dass es sich bei der lautstarken Kritik am Entwurf des Hochschulzukunftsgesetzes (HZG) von Hochschulrektoren, Hochschulräten und Wirtschaftsvertretern aus sachlicher Sicht im Gesamten und in detail um eine Irreführung der Öffentlichkeit handelt. Die mit dem Hochschulfreiheitsgesetz von 2006 installierte unternehmerische Hochschule bleibt selbst bei unveränderter Verabschiedung des HZG-Entwurfs in allen ihren wesentlichen Grundlagen unangetastet, teilweise werden diese verstärkt oder nun nachträglich rechtlich abgesichert wie etwa die Praxis der Akkreditierungsverfahren (vgl. Redetext).

Es folgten vier ergänzende Statements aus der jeweiligen Perspektive der beteiligten Organisationen bzw. Initiativen

Agnes Kamerich, eine studentische Vertreterin vom Kölner AK Friedenklauseel verwies insbesondere auf die im HZG aufgeführte Aufgabe der Hochschulen „ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt (zu entwickeln)“ hin. Die von Hochschulrektoren, Hochschulräten und Wirtschaftsvertretern vertretene These, eine solche Aufgabe schränke die Freiheit von Forschung und Lehre ein, folgt den gleichen Argumentationsmustern wie in der Debatte um die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universität zu Köln (vgl. Stellungnahme zum HZG und Flugblatt des AK Zivilklausel oder Link zur Homepage des AK Z..)

Bernadette Stolle, Fachgruppe Hochschule der GEW, erläuterte die Kritik von GEW, DGB und Hochschulpersonalräten am HZG. Mit dem Gesetzentwurf werden – entgegen den Ankündigungen der rot-grünen Landesregierung - die mit dem Hochschulfreiheitsgesetz verbundenen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse hinsichtlich Befristungen, Absicherungen und Vergütungen keinesfalls zurückgenommen. Auch die mit dem Hochschulfreiheitsgesetz erfolgte Ausgliederung der beamteten Hochschulangehörigen aus dem Landesdienst wird nicht zurückgenommen (vgl. Stellungnahme DGB, GEW, Hochschulpersonalräte oder Link).

Dr. Jürgen Münch vom Kölner attac AK Bildung und Erziehung skizzierte die Grundzüge des Bertelsmann-Programms New Public Management, das als verborgener Leitfaden im Hochschulfreiheitsgesetz von 2006 die Ökonomisierung und Neoliberalisierung der Hochschule auch rechtlich einleitete und noch heute stabilisiert. Des Weiteren wurde auf die gesellschaftliche Dimension der neoliberalen Angriffe auf die Zivilgesellschaft hingewiesen: es ist ein Versuch, die historische Verankerung der Zivilgesellschaft in der Aufklärung zu diskreditieren bzw. das historische Gedächtnis der Gesellschaft zu zerstören (vgl. NPM-Text und Podiumsbeitrag).

Torsten Bultmann, politischer Geschäftsführer des Bundes wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (BdWi), zeigte auf, dass es sich bei der Kritik am nordrhein-westfälischen HZG-Entwurf offenbar um eine bundesweites konservativ-neoliberales Bündnisprojekt handelt, das zum Ziel hat, das Leitbildes der „unternehmerischen Hochschule“ exemplarisch in NRW selbst gegen leiseste Kritik zu verteidigen und abzusichern. Startschuss für die Kampagne war ein Offener Brief

der bundesweiten Hochschulrektorenkonferenz an die Wissenschaftsministerin NRW im November 2013 . Der HZG –Entwurf wird auch seitens des BdWi als halbherzig und inkonsequent bewertet. „Die unternehmerische Hochschule lässt sich nicht halb abschaffen, sondern nur vollständig“(vgl. Podiumsbeitrag).

In der anschließenden Debatte stand bei den etwa 40 Teilnehmerinnen die Frage nach Inhalt und Strategie politischen Handelns sowohl gegenüber der bundesweiten neoliberalen Kampagne als auch gegenüber der rot-grünen Landesregierung im Vordergrund.

Im Ergebnis sind **zwei sich ergänzende und zusammenarbeitende Initiativen** verabredet worden:

(1) Hochschulintern soll in Köln eine von **Studierenden, Lehrenden und weiteren Hochschulangehörigen** getragene **Kampagne** (Arbeitstitel “... not in our name!“) gestartet und mit weiteren Hochschulen vernetzt werden. Teilnehmer des AK Zivilklausel wollen hierzu initiativ werden.

(2) Aus Perspektive der (außeruniversitären) Zivilgesellschaft soll eine Stellungnahme/**Offener Brief an die Ministerin** verfasst werden, der von BdWi, attac, GEW, DGB, Ver.di und weiteren Initiativen und Einzelpersonen gezeichnet wird bzw. werden kann.

Inhalt orientiert an ersten Vorlagen von Torsten Bultmann (BdWi) und Veranstaltungsbeiträgen.: Forderung nach der rechtlichen Verankerung einer demokratischen und dem Gemeinwohl verpflichteten Hochschule in einem zu verändernden HZG-Entwurf; Kritik am derzeitigen HZG-Entwurf; Absage an/ Skandalisierung von unternehmerischer Hochschule und aktueller neoliberaler Kampagne gegen das HZG; Betonung der Notwendigkeit, die zivilgesellschaftlichen Stimmen vernehmbar zu machen ,.... ,...

Zu diesem Offenen Brief/Stellungnahme soll ebenfalls - über die politische Plattform des BdWi - eine Kampagne (Aufruf zur sukzessiven Mitzeichnung) begonnen werden.

Der Attac-AK Bildung und Erziehung wird initiativ ,einen Textentwurf zu erstellen , der an die bei der Veranstaltung beteiligten Initiativen/Einzelpersonen zur Diskussion weitergeleitet wird.

Weitere Verabredungen nach gemeinsamer Absprache.